

15. Sitzung des Gemeinderates **- öffentlich -**

Sitzungstag:

Mittwoch, 20.05.2015

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger	Gisela Fischer	entschuldigt
Sabine Fister Simone Guist Udo Guist	Lorenz Ilmberger	entschuldigt
Albert Kirnberger Franz Klietsch Klaus Läßing Johannes Mecke Edith Michal Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende gratuliert recht herzlich der Gemeinderätin Frau Simone Guist nachträglich zu ihrem Geburtstag, den sie am 18.05. gefeiert hat.

Zudem freut sich der Vorsitzende folgende Ehrungen vornehmen zu dürfen:

Herrn Gemeinderat Manfred Axenbeck
für 25 Jahre Zugehörigkeit im Gemeinderat

Herrn Johannes Mecke
für 25 Jahre Zugehörigkeit im Gemeinderat

Herrn Gemeinderat Thomas Weingärtner
für 25 Jahre Zugehörigkeit im Gemeinderat

Herrn Gemeinderat Andreas Post
für 30 Jahre Zugehörigkeit im Gemeinderat

und überreicht jeweils ein Präsent der Gemeinde.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer und Herr Ilmberger.

Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

214 23 Beschluss: 23:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.05.2015, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

215 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde ein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, nachdem der Gemeinderat die Veröffentlichung in der heutigen nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung beschlossen hat.

Der Vorsitzende verliest den gefassten Beschluss des Tagesordnungspunktes 4 der nichtöffentlichen Sitzung:

Sachstand und weiteres Vorgehen zum Seniorencafe im St.-Valentin-Hof

Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag der Verwaltung und beschließt, dass das Seniorencafé zeitnah (vorgesehen Anfang August 2015) eröffnet werden soll.

Das Betriebskonzept soll wie im vorliegenden Konzept des Seniorenbeirates umgesetzt werden, jedoch soll die gastronomische Betreuung und der entsprechende Betrieb aus haushalts- und steuerrechtlichen Gründen nicht von einem Gewerbetreibenden, sondern von einer gemeinnützig tätigen Institution, vorzugsweise einem interessierten örtlichen Verein, übernommen werden.

Darüber hinaus hat die Verwaltung mit einer gemeinnützig tätigen Institution, vorrangig mit interessierten örtlichen Vereinen, über die Übernahme des gastronomischen Bereichs zu verhandeln und dem Gemeinderat zu berichten und die interessierten Institutionen vorzustellen. Dann wird über den Betrieb nebst Kostentragung entschieden.

Der Gemeinderat stimmt einer Bekanntgabe in der heutigen öffentlichen Sitzung zu.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindeeigene Wohnanlage an der Fichtenstraße; Vorlage des Ergebnisses der Kostenschätzung mit Bauzeitenplan zur Realisierung von Aufzugsanlagen

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2015, Nr. 182 in Erinnerung. Hierbei wurde die Verwaltung beauftragt, eine detaillierte Kostenschätzung für die Realisierung von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage Fichtenstraße 1 - 55 zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Kostenschätzung mit Bauzeitenplan ist dem Gremium erneut vorzulegen. Im Anschluss daran ist eine Mieterversammlung als Informationsveranstaltung durchzuführen. Ferner wird auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.01.2014, Nr. 478, hingewiesen. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss sprach sich für die Variante A (ohne Stegverbindung und direkter Anschluss an die Fassade) aus. Dabei sind eine entsprechende Zugangsbreite sowie der Zugang von Osten her einzuplanen. Die technische Ausführung des Aufzuges ist mit einer Überfahrt zu prüfen. Auf Grund dieser Variante sind erste Entwürfe mit Kostenschätzung zur nochmaligen Vorlage im Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vorzubereiten. Hierbei ist auch eine juristische mietrechtliche und kommunalrechtliche.

In der Gemeinderatsvorinformation am 07.07.2014 sind von Herrn Prof. Dr. Greulich, Ismaning, die Schwerpunktthemen Vertragslagen, Umlage der Modernisierungskosten sowie der Umlage der Betriebskosten, als Handout an das Gremium verteilt und erläutert.

Folgende exemplarische Proberechnung z.B. Fichtenstraße 1, Stand 08.12.2014, bei möglichen umlagefähigen Kosten (Herstellungskosten Aufzug etc.) von 180.000,- € bis 220.000,- € netto, im Mittelwert 200.000,- € netto wurde seitens der Verwaltung ermittelt. Die Zahlen stützen sich aufgrund eines Honorarangebotes des Ingenieurbüros CNW, München, vom 18.07.2014. Das Honorarangebot ermittelte im Rahmen einer Machbarkeitsstudie in der Leistungsphase 1 und 2 geschätzte Grobkosten in Höhe von 210.000,- € netto pro Aufzugsanlage, somit belaufen sich die Grobkosten laut Ingenieurbüro CNW, München, auf 249.900,- € brutto. Eine detaillierte Kostenschätzung auf der Grundlage der Honorarermittlung wurde nun seitens der Verwaltung ermittelt. Nach Einschätzung der Verwaltung und nochmaliger Überprüfung der Kosten können ca. 25 % in Abzug gebracht (für z.B. Verlegung Feuerwehrumfahrt, Wegebau und sonstiger notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen z.B. Malerarbeiten). Dies bedeutet, dass ca. 75 % von ca. 250.000,00 € brutto als umlagefähige Kosten angesetzt werden können.

Exemplarische Berechnung für Hausaufgang Fichtenstraße 1

Umlagefähige Baukosten:

Ca. 250.000,- € brutto (davon 75 % = 187.500,- € brutto) bei 960 m² (Gesamtfläche pro Hausaufgang vom Erdgeschoss bis zum 3. Obergeschoss inkl. aller Nebennutzflächen)

= 187.500,- € : 960 m² = 195,31 €/m² x 84 m² Wohneinheit (WE)

= 16.406,04 €

davon 11 % = 1.804,66 € jährl. / 150,39 € mtl. Modernisierungszuschlag

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

6 % =	984,36 €jährl. /	82,03 € mtl. Modernisierungszuschlag
3 % =	492,18 €jährl. /	41,02 € mtl. Modernisierungszuschlag
1 % =	164,04 €jährl./	13,67 € mtl. Modernisierungszuschlag

auf die Grundmiete (laufend ohne zeitliche Befristung).

Zum Modernisierungszuschlag sind die zu erwartenden Betriebskosten für eine Aufzugsanlage (inkl. Wartung, TÜV, Betriebsstrom) hinzuzurechnen. Beispielhaft wurde die vorliegende Nebenkostenabrechnung St.-Valentin Hof 2014 herangezogen. Hier belaufen sich diese Kosten für zwei Aufzugsanlagen auf ca. 5.538,36 € jährlich (variierend von den Wartungskosten abhängig). Bezogen auf eine Aufzugsanlage unter Zugrundelegung von 960 m² (Gesamtfläche pro Hausaufgang) können jährlich zusätzliche Betriebskosten für eine Wohneinheit von 84 m² auf ca. 242,30 €/pro Jahr = 20,19 € monatlich anfallen.

Als Vergleich wird der Aufzug in der Ahornstraße 35/38 herangezogen. Die jährlichen Betriebskosten für die Aufzugsanlage in der Ahornstr. 35/38 belaufen sich aufgrund der vorliegenden Nebenkostenabrechnung 2013 auf ca. 172,71 €/jährlich = 14,39 € monatlich.

Seitens der Verwaltung wird auf die Ausführungen in der Sitzung vom 12.03.2015 zu Art. 74 und 75 der Gemeindeordnung sowie auf die Stellungnahme des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes vom 27.02.2015 verwiesen. Ferner wird nochmals auf die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Greulich in der Gemeinderatsvorinformation am 07.07.2014 Bezug genommen.

Die Verwaltung hat auf der Grundlage der erarbeiteten Grobkostenschätzung einen Bauzeitenplan für die Realisierung dieser Maßnahme erstellt. Aufgrund der Größenordnung ist eine Realisierung der Gesamtmaßnahme nur in zwei bis drei Bauabschnitten (maximal 2 Häuserzeilen gleichzeitig) zu realisieren. Aufgrund der geschätzten Gesamtbaukosten (reine Baukosten zzgl. Honorare und Baunebenkosten etc.) von ca. 7,0 Mio. € brutto (28 Aufzugsanlagen x 250.000,00 € brutto) ist eine Projektsteuerung hinzuziehen sowie ein VOF-Verfahren in die Wege zu leiten. Der Bauzeitenplan, Stand 13.05.2015, wird dem Gremium bekannt gegeben.

Die Verwaltung schlägt vor, unabhängig der weiteren Verfahrensschritte, die Mieterschaft der Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 über die geplante Maßnahme mit Kostenschätzung und Bauzeitenplan zu informieren.

216 23 Beschluss: 20 : 3

Der GR nimmt das Ergebnis der Kostenschätzung mit dem 1. Entwurf des Bauzeitenplans (Stand 13.05.2015) zur Realisierung von Aufzugsanlagen in der gemeindeeigenen Wohnanlage an der Fichtenstraße zur Kenntnis.

Als nächster Schritt ist eine zeitnahe Mieterinformation durchzuführen und die Mieter über die geplante Maßnahme (Kosten und Termine) zu informieren. Hierzu ist den Mietern ein Informationsschreiben mit Rückantwortformular zuzusenden.

Das Ergebnis der Mieterinformation nebst der damit verbundenen Mieterbefragung ist dem Gemeinderat als eine weitere Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der SPD-Fraktion; Gemeindeeigene Wohnanlage an der Fichtenstraße; Realisierung von Aufzugsanlagen

Mit Schreiben vom 10.04.2015, in der Verwaltung am gleichen Tag eingegangen, hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag eingereicht:

„Gemeindeeigene Wohnanlage an der Fichtenstraße, Realisierung von Aufzugsanlagen

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- a) Die vom Grundsatz beschlossenen und mit einer Machbarkeitsstudie dokumentierten Außenlifte für die gemeindliche Wohnanlage in der Fichtenstraße wird im Jahr 2015 begonnen und soweit als möglich umgesetzt.
- b) Die für die Modernisierungsmaßnahme umlagefähigen Kosten, werden mit 1 % Zuschlag auf die Grundmiete weiterbelastet.
- c) Davon ausgenommen werden die Wohnungen im Erdgeschoß der jeweiligen Eingänge.“

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründet wird der Antrag wie folgt:

Aufgrund der bestehenden Mieterstruktur und des zu erwartenden demographischen Wandels, sowie der anzustrebenden häuslichen Betreuung im Alter ist der Wohnungsbestand der Gemeinde in der Fichtenstraße altengerecht zu modernisieren und mit Liften im Außenbereich, wie bereits untersucht, auszustatten. Gleichzeitig ist auf eine sozialverträgliche Umlage der Modernisierungskosten zu achten, um weiterhin Wohnungen unter der Ortsüblichkeitsgrenze anbieten zu können. In einem Raum mit verstärktem Wohnraumbedarf ist die Maßnahme für den Wohnungsmarkt in Unterföhring von besonderer Bedeutung. Gerade für die Zukunft werden die gemeindlichen Wohnbauflächen abnehmen, weshalb der Wohnungsbestand schon heute auf eine längere Nutzungsdauer ausgerichtet werden soll. Zur gerechteren Kostenverteilung der Modernisierungsmaßnahme soll die Gemeinde von ihrem individuellen Recht, die Miete frei und sozialverträglich bestimmen zu können, Gebrauch machen und die Kosten nicht auf die Wohnungen im Erdgeschoss umlegen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler beantragt bei der Behandlung dieses Antrags nach § 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine getrennte

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Abstimmung zu den einzelnen Punkten a), b) und c).

Der Vorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

217 23 Beschluss: 23:0

Über die im Antrag der SPD-Fraktion genannten Unterpunkte a), b) und c) wird getrennt und einzeln abgestimmt.

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung angenommen wurde lässt der Vorsitzende nunmehr wie folgt abstimmen:

Zu Unterpunkt a) des SPD-Antrags:

218 23 Beschluss: 6:17

Dem Unterpunkt a) des Antrags der SPD-Fraktion wird zugestimmt. Die vom Grundsatz beschlossenen und mit einer Machbarkeitsstudie dokumentierten Außenlifte für die gemeindliche Wohnanlage in der Fichtenstraße wird im Jahr 2015 begonnen und soweit als möglich umgesetzt.

Zu Unterpunkt b) des SPD-Antrags:

219 23 Beschluss: 20:3

Dem Unterpunkt b) des Antrags der SPD-Fraktion wird zugestimmt. Die für die Modernisierungsmaßnahme umlagefähigen Kosten werden mit 1 % Zuschlag auf die Grundmiete weiterbelastet.

Zu Unterpunkt c) des SPD-Antrags:

220 23 Beschluss: 8:15

Dem Unterpunkt c) des Antrags der SPD-Fraktion wird zugestimmt. Davon ausgenommen werden die Wohnungen im Erdgeschoß der jeweiligen Eingänge.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Antrag der PWU-Fraktion zur "Herabsetzung der Altersgrenze sowie Erhöhung der Weihnachtsbeihilfe"

Mit Schreiben vom 21.04.2015, eingegangen in der Verwaltung am gleichen Tage, hat die PWU-Fraktion folgenden Antrag eingereicht:

„Antrag der PWU-Fraktion zur „Herabsetzung der Altersgrenze sowie Erhöhung der Weihnachtsbeihilfe“.

Antrag:

Die PWU Fraktion beantragt, dass die Altersgrenze für den Bezug der Weihnachtsbeihilfe der Gemeinde Unterföhring von derzeit 75 Jahre auf 70 Jahre herabgesetzt wird.

Außerdem soll die Weihnachtsbeihilfe von derzeit 50,00 € auf 75,00 € für Menschen, die 70 Jahre und älter sind, sowie Hilfsbedürftige, welche bisher auch die Weihnachtsbeihilfe erhalten, erhöht werden.

Ebenso soll auch für alle Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger, die im Besitz eines Schwerbehinderten-Ausweises (100 % Grad der Behinderung) sind, die Weihnachtsbeihilfe von derzeit 100,00 € auf 150,00 € erhöht werden.

Diese Änderungen sollen bereits für die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfe 2015 und bis auf Weiteres in Kraft treten.

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründung:

Immer mehr ältere Menschen leiden zunehmend unter Altersarmut. Durch die Senkung der Altersgrenze auf 70 Jahre kann die Gemeinde Unterföhring diesem Personenkreis mit dieser freiwilligen und sehr sinnvollen Unterstützung ein wenig unter die Arme greifen.

Die Weihnachtsbeihilfe ist seit der Umstellung auf den EURO nicht mehr erhöht worden, daher erscheint uns eine Anpassung in dieser Höhe auch auf Grund der stetig steigenden Lebenshaltungskosten mehr als angemessen.

Da diese Erhöhung nicht im Haushalt für 2015 vorgesehen ist, sind diese Mittel überplanmäßig zu genehmigen und in den Haushalt 2016 ff. einzuplanen.“

Ergänzende Informationen der Verwaltung zu den finanziellen Beträgen der Weihnachtsbeihilfe:

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Empfängerkreis Alt / Neu	Betrag 2014	Betrag 2015	Differenz für 2015
Senioren, 75. LJ., 50,00 €/Person	33.700,00 €	ca. 38.750,00 € (775 Empfänger)	
<i>Senioren, 70 LJ., 75,00€/Person</i>		<i>ca. 89.775,00 € (1.197 Empfänger)</i>	<i>plus 51.025,00 €</i>
Schwerbehinderte, 100,00 €/Person	9.200,00 €	ca. 9.500,00 € (95 Empfänger)	
<i>Schwerbehinderte 150,00 €/Person</i>		<i>ca. 14.250,00 € (95 Empfänger)</i>	<i>plus 4.750,00 €</i>
Sozialleistungsempfänger 50,00 €/Person (Gutschein)	9.700,00 €	ca. 10.000,00 € (ca. 200 Empfänger)	
<i>Sozialleistungsempfänger 75,00 €/Person (Gutschein)</i>		<i>ca. 15.000,00 € (ca. 200 Empfänger)</i>	<i>plus 5.000,00 €</i>

Stand: 12.05.2015

221 25 Beschluss: 16 : 7

Dem Antrag der PWU-Fraktion vom 21.04.2015 wird zugestimmt.

Die Altersgrenze für den Bezug der Weihnachtsbeihilfe der Gemeinde
Unterföhring wird von derzeit 75 Jahre auf 70 Jahre herabgesetzt.

Außerdem wird die Weihnachtsbeihilfe von derzeit 50,00 € auf 75,00 € für
Menschen, die 70 Jahre und älter sind, sowie Hilfsbedürftige, welche bisher
auch die Weihnachtsbeihilfe erhalten, erhöht.

Ebenso wird auch für alle Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger, die im
Besitz eines Schwerbehinderten-Ausweises (100 % Grad der Behinderung)
sind, die Weihnachtsbeihilfe von derzeit 100,00 € auf 150,00 € erhöht.

Diese Änderungen treten für die Auszahlung der Weihnachtsbeihilfe 2015
und bis auf Weiteres in Kraft.

Die hierfür erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben werden auf der
Haushaltsstelle 4980.7870 (Ansatz für 2015: 55.000,00 €) zur Verfügung
gestellt und sind entsprechend für die Jahre 2016 und folgende in die
Haushaltsplanung mit aufzunehmen.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der SPD-Fraktion; Lichtzeichenanlage an der Kreisstraße M3 / Kreuzung Oberer Aschheimer Weg

Mit Schreiben vom 30.04.2015, in der Verwaltung am gleichen Tag eingegangen, hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag gestellt:

„Lichtzeichenanlage an der Kreisstraße M3 / Kreuzung Oberer Aschheimer Weg“

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Landkreis München wird aufgefordert den Vollzug des Kreisausschuss-Beschlusses vom 16.03.2015 mindestens solange zurückzustellen bis die schriftlichen Stellungnahmen der zuständigen Polizeidienststellen und die schriftlichen Stellungnahmen der Gemeinden Aschheim und Unterföhring vorliegen.
2. Zur ausführlichen Prüfung der verkehrsgutachterlichen Ergebnisse wird den unter Ziff. 1 genannten Dienststellen die zugrunde gelegten Gutachten in Kopie vorgelegt.
3. Unterföhring erwartet eine Erläuterung darüber, welche Auswirkung einer Ampel auf den Umfahringseffekt für die Ortsdurchfahrten von Unterföhring und Ismaning bringen kann und ob durch diese Maßnahmen ein Rückfluss des Umfahringverkehrs in die Ortsmitten zu befürchten ist.
4. Für die Entscheidung sind sowohl die Vereinbarungen der Grundstückseigentümer, die Widmung des Oberen Aschheimer Weges (Feldweg!) und die Kostenübernahme für die Lichtsignalanlage und den Umbau dieser Anschlussstelle genauestens darzulegen.
5. Die Gemeinde Aschheim wird seitens des Landratsamtes aufgefordert, die Aschheimer Gewerbegebiete / -betriebe ausschließlich über eigene Straßen zu erschließen und nicht über Straßen der Nachbargemeinde Unterföhring.

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründet wird der Antrag wie folgt:

Die Kreisstraße M3 wurde in erster Linie zur Entlastung der Ortsdurchfahrten von Unterföhring und Ismaning gebaut. Bei Verkehrsmaßnahmen des Landkreises, die Auswirkungen für die Gemeinden haben können, wird vor einer Entscheidung die Anhörung der maßgeblichen Kommunen und Betroffenen erwartet.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit dem Neubau der Anschlussstelle A 99 I M3 wird eine erhebliche Verkehrszunahme zusätzlich zum heute schon vorhandenen starken Verkehr auf der M3 in Richtung München zu erwarten sein. Diese Zusatzbelastung und die unmittelbar angrenzende (vorläufig beschlossene) Lichtzeichenanlage am Oberen Aschheimer Weg passen nicht zueinander und verschlechtern den Umfahrungseffekt und die Leichtigkeit des Verkehrs auf der M3.

Die zu befürchtende Erhöhung des Verkehrs in der Ortsdurchfahrt ist ein Eingriff in die Lebensqualität und die Verkehrssicherheit unserer Gemeinde.

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt gemäß Ihrer neuesten Flächennutzungsplanung ein großes Gewerbegebiet unmittelbar an der Grenze von Unterföhring anzusiedeln. Die Errichtung einer Anschlussstelle am Oberen Aschheimer Weg (Feldweg!) für die momentan dort befindlichen Betriebe wird als eindeutiges Indiz für die Erschließung dieses benachbarten Gewerbegebietes gesehen. Die Aschheimer Gewerbeflächen sind ganz klar über deren Gemeindegebiet also nach Osten verkehrsmäßig anzubinden.

Nach Rücksprache mit dem Antragsteller wird die Bezeichnung des zitierten Kreisausschuss-Beschlusses korrigiert, da der Verwaltung nur ein Beschluss vom 03.03.2015 bekannt ist und vorliegt, und der Antragsteller feststellt, dass er sich mit seinem Antragsschreiben auf diesen Beschluss bezieht.

222 23 Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

1. Der Landkreis München wird aufgefordert den Vollzug des Kreisausschuss-Beschlusses vom 03.03.2015 mindestens solange zurückzustellen bis die schriftlichen Stellungnahmen der zuständigen Polizeidienststellen und die schriftlichen Stellungnahmen der Gemeinden Aschheim und Unterföhring vorliegen.
2. Zur ausführlichen Prüfung der verkehrsgutachterlichen Ergebnisse wird den unter Ziff. 1 genannten Dienststellen die zugrunde gelegten Gutachten in Kopie vorgelegt.
3. Unterföhring erwartet eine Erläuterung darüber, welche Auswirkung einer Ampel auf den Umfahrungseffekt für die Ortsdurchfahrten von Unterföhring und Ismaning bringen kann und ob durch diese Maßnahmen ein Rückfluss des Umfahrungsverkehrs in die Ortsmitten zu befürchten ist.
4. Für die Entscheidung sind sowohl die Vereinbarungen der Grundstückseigentümer, die Widmung des Oberen Aschheimer Weges (Feldweg!) und die Kostenübernahme für die Lichtsignalanlage und den Umbau dieser Anschlussstelle genauestens darzulegen.
5. Die Gemeinde Aschheim wird seitens des Landratsamtes

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

aufgefordert, die Aschheimer Gewerbegebiete / -betriebe ausschließlich über eigene Straßen zu erschließen und nicht über Straßen der Nachbargemeinde Unterföhring.

Antrag der SPD-Fraktion: Änderung des Wohnungsmixes für den Neubau im Germanenweg

Mit Schreiben vom 10.04.2015, in der Verwaltung am gleichen Tag eingegangen, hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag eingereicht:

„Änderung des Wohnungsmixes für den Neubau im Germanenweg“.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Bei den Planungen für den Neubau von Mietwohnungen der Gemeinde im Germanenweg werden überwiegend größere Zweizimmerwohnungen und Dreizimmerwohnungen eingeplant.

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründet wird der Antrag wie folgt:

Um für Personen mit sinkenden Wohnraumbedarf einen Anreiz zum Wechsel zu schaffen und gleichzeitig den steigenden Wohnraumbedarf für zwei und drei Personenhaushalte abdecken zu können, ist für die Wohnanlage am Germanenweg der Schwerpunkt auf größere Zweizimmerwohnungen und Dreizimmerwohnungen auszurichten.

Es wird gemerkt, dass jedoch grundsätzlich jeder Wohnungstyp zur Entlastung der Wohnungsnot notwendig ist.

223 23 Beschluss: 23 : 0

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt.

Bei den Planungen für den Neubau von Mietwohnungen der Gemeinde im Germanenweg werden überwiegend größere Zweizimmerwohnungen und Dreizimmerwohnungen eingeplant.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Künftige Nutzung des St.-Valentin-Hofes im Rahmen des Seniorenkonzeptes

a) Umwandlung des Seminarraumes im Erdgeschoss

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung am 07.05.2015 zurückgestellt wurde und folglich heute dem Gremium erneut zur Behandlung vorgelegt wird.

Der Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring ist nach seiner konstituierenden Sitzung mit der Bitte an die Verwaltung herangetreten, ob für die Arbeit des Gremiums ein Raum zur Verfügung gestellt werden kann, in dem Besprechungen, Bürgergespräche, Sprechstunden sowie die weiteren anfallenden Aufgaben organisiert und erledigt werden können. Bisher erfolgt die Arbeit für das gemeindliche Organ der Seniorenarbeit durch die ehrenamtlichen Mitglieder in privaten Räumlichkeiten.

Auch die Verwaltung benötigt dringend einen zusätzlichen Büroraum für das Team der Seniorenarbeit, da die räumliche Situation im Feringahaus, in dem sich grundsätzlich sechs Mitarbeiterinnen vier Arbeitsplätze in zwei Büroräumen teilen, darunter auch die Leitung des Sachgebiets Senioren und Soziales, Frau Nejedly. Diese Raumsituation erschwert inzwischen beträchtlich die tägliche Arbeit des Teams, sodass auch hier Handlungsbedarf besteht.

Die Mitglieder des Gemeinderates konnten die Räumlichkeiten im St.-Valentin-Hof und im Feringahaus bei einem gemeinsamen Ortstermin am 18.05.2015 begutachten.

Die Verwaltung hat die Anfrage des Seniorenbeirats sowie den eigenen Raumbedarf geprüft und schlägt folgende Lösung vor:

Im St.-Valentin-Hof nutzt die Gemeinde Unterföhring als Mieterin der Baugesellschaft München Land u.a. im Erdgeschoss einen teilbaren Seminarraum, in dem einzelne Angebote bzw. Veranstaltungen der Seniorenarbeit stattfinden (einzelne Feierlichkeiten, Kurse etc.). Die Belegungs- und Nutzungszeiten sind jedoch auf ein Kalenderjahr gesehen überschaubar.

Die bisherigen Nutzungen in diesem Raum können sowohl organisatorisch als auch thematisch in andere Räume verlagert werden (z.B. Saal im Feringahaus, in die Räume des künftigen Seniorencafés), sodass dieser teilbare Raum künftig in zwei Büroräume umgewandelt werden und zur Verfügung stehen könnte.

Die räumliche Umwandlung ist mit dem Vermieter besprochen worden, der zu dieser geänderten Nutzung bereits sein Einverständnis erklärt hat. Zudem bedarf es einer baurechtlichen Nutzungsänderung, die bereits im Vorfeld seitens der Verwaltung beim Landratsamt München beantragt wurde. Die baulichen Veränderungen umfassen in erster Linie eine Optimierung der technischen Leitungen, eine ergänzende beidseitige Schallschutzmaßnahme

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

für die bestehende mobile Trennwand sowie die Ausstattung mit entsprechendem Mobiliar.

Die Kosten für die baulichen Maßnahmen werden derzeit auf ca. 5.000,00 € geschätzt, Haushaltsmittel sind auf der entsprechenden Haushaltsstelle 4311.5020 in Höhe von 1.000,00 € vorhanden. Die Kosten für eine standardisierte Möblierung werden auf ca. 3.500,00 € geschätzt, Haushaltsmittel sind auf der entsprechenden Haushaltsstelle 4311.5211 in Höhe von 6.000,00 € vorhanden.

224 23 Beschluss: 22 : 1

Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag der Verwaltung und stimmt der vorgeschlagenen Umnutzung des Seminarraums im St.-Valentin-Hof zur Schaffung von zwei Büroräumen bis auf Weiteres zu, wobei ein Raum für den Seniorenbeirat und ein Raum für die Verwaltung zur Nutzung vorzusehen sind.

Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 121 vom 13.11.2008 (Nutzung des Seminarraums) wird entsprechend geändert.

Die für die Umwandlung erforderlichen Haushaltsmittel, soweit diese nicht durch den bereits bestehenden Ansatz abgedeckt werden, werden zur Verfügung gestellt.

225 23 **b) Sachstand und weiteres Vorgehen zum Seniorencafe**

Die Bekanntgabe des Sachstandes und weiteren Vorgehens wurde unter Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sitzung bereits durchgeführt.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Erweiterung Grundschule Unterföhring; Hallenordnung für Nutzung der Schulsporthalle durch Vereine

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nr. 201 in Erinnerung. Dabei wurden u.a. die Hallenbelegungszeiten der neuen Schulsporthalle im Erweiterungsbau durch die ortsansässigen Vereine beschlossen.

Die Hallenbetriebszeiten sind von Montag bis Freitag von 18.00 Uhr bis längstens 22.00 Uhr. Für den ordnungsgemäßen Betrieb und zur Sicherung etwaiger haftungsrechtlicher Ansprüche durch die Gemeinde Unterföhring ist

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

eine Hallenordnung unverzichtbar.

Der Erste Bürgermeister verweist deshalb auf den Vorschlag der Verwaltung - Entwurf der Hallenordnung, Stand 08.05.2015-.

226 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Hallenordnung, Stand 08.05.2015, über die außerschulische Nutzung der Schulsporthalle zu.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl hat den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Antrag der Firma HWZ Projekt GmbH Unterschleißheim zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Realisierung eines Handwerker- und Kleingewerbeparks an der Bauhofstraße

Die HWZ Projekt GmbH hat mit Schreiben vom 12.05.2015 folgenden Antrag eingereicht:

„Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Realisierung eines Handwerker- und Kleingewerbeparks an der Bauhofstraße“

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Die Begründung des Antrages lautet wie folgt:

Zur weiteren Planung eines Handwerker- und Kleingewerbeparks stellen wir den Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans, wie schon von der Gemeinde durch Beschlussfassung am 27 .09.2012 im Bauausschuss entschieden wurde.

Die HWZ plant nach Ablauf des zehnjährigen Nutzungszeitraumes der temporären Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße, Flur Nrn. 568 und TF 569 (gemäß dem Beschluss des Gemeinderates von Unterföhring), die Planungen für die Nachfolgenutzung zu gegebener Zeit aufzunehmen zu können.

Die Planungen und Arbeiten der HWZ sind soweit fortgeschritten, dass eine eingabefähige Planung sowie eine entsprechende Kostenschätzung vorliegen.

Die Vermietung an die Regierung bzw. das LRA ist jedoch noch nicht abschließend geregelt. Die HWZ hat eine großzügige Wohnanlage mit Sozialräumen in Modulbauweise sowie ansprechende Außenanlagen für ca.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

100 Bewohner geplant. Eine Planmappe werden wir Ihnen zur nächsten Bauausschusssitzung einreichen.

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 12.09.2012, Nr.576 in Erinnerung, in dem folgende Eckpunkte festgelegt wurden:

- Keine Unterbauung der 110 kV-Hochspannungsleitung
- Herstellung der Erschließungsstraße von der Münchner Straße bis zum Bahnübergang der S-Bahnlinie S8 mit einem durchgängig angelegten kombinierten Geh- und Radweg (Begegnungsverkehr) an der südlichen Seite der Straßenführung
- Es ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) im Parallelverfahren mit einer Flächennutzungsplanänderung (GE) aufzustellen. Die Planungskosten sind vom Vorhabensträger zu tragen
- Die Kosten der notwendigen Erschließungsmaßnahmen sind vom Vorhabensträger vollumfänglich zu tragen
- Die Gehölzbestände entlang des Mittleren Isarkanals sind gemäß dem BayNatSchG geschützt und entsprechend zu berücksichtigen
- Es werden im Umgriff maximal zwei Betriebsleiterwohnungen (zu jeweils bis zu 100m²) zugelassen (Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen z. B. Immissionsschutz, Emissionsschutz, Strom)
- Erfordernis einer ökologischen Ausgleichsfläche von 30%

227

23

Beschluss: 12 : 11

Dem Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird unter Berücksichtigung der im Vorbericht aufgeführten Eckpunkte zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt alle erforderlichen Schritte zu gegebener Zeit in die Wege zu leiten.

15. Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben wurden keine vorgenommen.

Anfragen:

Gemeinderatsmitglied Frau Guist erkundigt sich nach dem Stand zur Klärung des vorgesehenen Hallennutzungszeitraums (Sporthalle Grundschule) durch den Taek Won Do – Verein.

Es wurde mitgeteilt, dass sich die Verwaltung hier noch in der Abklärung befindet.

Nachdem keine Anfragen mehr vorliegen schließt der Vorsitzende um 22:25 Uhr die öffentliche Sitzung und wünscht den anwesenden Zuhörern einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend. Anschließend wird die nichtöffentliche Sitzung fortgesetzt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer